

Marcus Klöckner kommentiert [hier](#) diese Äußerung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (55, CSU) gegenüber der [Bild-Zeitung](#): „Zivile Verteidigung“ gehört in die Schulen.“ In den Medien scheine an diesem Vorhaben niemand Anstoß zu nehmen. Unter normalen Umständen sei es leicht, über „Zivilschutz“ an Schulen zu reden. Die „Umstände“ seien jedoch nicht normal. Gefragt wird, was Schüler in Anbetracht des Geredes von einem Krieg mit Russland lernen sollen. Abschließend wird festgestellt, dass diese Politik nichts gelernt habe sowie rückwärtsgewandt, uneinsichtig und unfähig sei. Sie belästige die Schüler mit Propaganda. Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten. Wir haben dazu zahlreiche und interessante Leserbriefe erhalten. Danke dafür. Die nun folgende Auswahl hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner,

Es stimmt, zivile Verteidigung gehört in die Schulen, aber ganz anders als Herr Dobrindt und Gesinnungsgenossen das verstehen.

Das Erlernen von ziviler Verteidigung an den Schulen sollte aus folgenden Punkten bestehen:

Den Schülern beizubringen, dass die Wahrheit das erste Opfer in Kriegskrise ist.

Dass Schüler lernen die irreführende und manipulative Sprache in Medien und Politik zu verstehen als das was sie in Realität bedeutet.

Das Kennntnis der Vergangenheit ein Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart ist.

Das nationale Belange und nationale Sicherheit meistens nicht gleich der Belange und dem Wohlergehen der einfachen Bürger zu verstehen sind.

Das Verteidigungsfähigkeit und Kriegstüchtigkeit grundverschiedene Dinge sind.

Das die Prediger von Krieg im Bett sterben und nicht an der Front.

Mit freundlichem Gruß

Patrick Janssens

2. Leserbrief

Sehr geehrtes Team der Nachdenkseiten,
sehr geehrter Marcus Klöckner,

mit Sicherheit war dieses “duck and cover” aus den Fünzigern Inspiration für diesen Dobrindt.

Blöd nur, daß es heutzutage Internet gibt und das Lehrpersonal durchaus mit der Frage von kritischen Schülern konfrontiert werden könnte, ob nicht vielleicht die Stationierung der hiesigen Besatzer in Ramstein usw. ein zusätzliches Gefahrenrisiko für uns Deutschen darstellt.

So manche Staaten im Nahen Osten haben eben erst einschlägige Erfahrungen damit gemacht, wie schnell man als Außenstehender zur Zielscheibe wird, wenn man US-Truppen im eigenen

Land hat.

Ob diese Sache für den Dobrindt mal nicht nach hinten losgeht?

Mit freundlichen Grüßen
Patrick Meiser

3. Leserbrief

Werte NDS – LESERBRIEFE, werter Herr Marcus Klöckner.

Für mich sind Sie ALLE Helden, da Sie stets den “Finger in die Wunde” legen.

Siehe die Landtagswahlen in RLP.

Warum hat die unchristliche cdu die Wahlen “gewonnen” und die unsoziale spd Stimmen “verloren”?

Aus meiner Sicht hat das auch etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, gerade in der Region Kaiserslautern, Ramstein, den ganzen Hunsrück, bis in die Eifel und weit darüber hinaus, auch auf anderen Stützpunkten.

Aufrüstung, neu entstehende militärische Arbeitsplätze, nicht nur in deutschland, in ganz europa !!!

Nach der alten deutschen Weisheit:

WESS' BROT ICH ESS', DES LIED ICH SING'.

Das böse Erwachen kommt noch, wenn es aber zu spät ist! Dann soll Keiner sagen: das habe ich nicht gewusst, ich haben den Politikern vertraut, und ängstlich fragend, was sollen wir jetzt tun ?

Genau DIE sind unser ALLER Untergang, weil sie nicht an die Front oder in den Kampf müssen, leider auch nicht deren Familien, die jetzt schon mit "vollgestopften Taschen" unsere Steuergelder verprassen (siehe u. a. Diätenerhöhungen) und ein sattes Leben führen können.

Die RECHNUNGEN werden wieder wir, der deutsche Michel und Micheline zahlen müssen.

Mit traurigen, trotzig Grüssen,

J. Juhre

4. Leserbrief

In einem Punkt muss der Verfasser Marcus Klöckner widersprechen: „Der Zivilschutz“ unter dem Blickwinkel des neudeutschen Militarismus muss oberstes Ziel für die Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat sein. Das Volk muss vor den derzeitigen Machthabern in dem System eines „gewählten Absolutismus“ und zugleich Ausführenden einer Politik der oligarchischen Oberschicht, Rheinmetall inbegriffen, umfassend geschützt werden. Die Bundesregierung versteht jedoch unter „Zivilschutz“ das Gegenteil, nämlich den Schutz der Kriegstreiber vor dem renitenten Volk, von dem sie gewählt wurde, als sie sich noch als Biederfrauen und -männer ausgaben.

Abgesehen von der Tatsache, dass es typisch für diesen Herrn Dobrindt ist, sich über Ländergesetze und -aufgaben hinwegzusetzen, erinnere ich mich noch an das hysterische

Geschrei als die DDR im Jahr 1978 ein solches Fach im Rahmen der Wehrerziehung einführt. „Doch das waren ja Kommunisten, da weiß man ja, was am Ende daraus wird“, sagt der CDU/CSU-Spießer in seiner eigenartigen Wahrheitsfindung. Bei ihm ist „gleich“ nämlich nur dann „gleich“, wenn es in den politischen Kram passt. Ein Beispiel: Aktuell besteht ein unüberbrückbarer Unterschied zwischen dem „brutalen Angriffskrieg“ der Russen und dem friedfertigen und allein von dem hehren und von einer moralischem Freiheitsmission getragenen präventiven Angriffskrieg der USA und dem „staatsräsonierendem“ Israel gegen den Iran.

Herr Dobrindts Wunsch, dies bei der nächsten Konferenz der Länder vorzuschlagen, ist verständlich. Es bleibt aber offen, wen er nun wirklich meint. Weiß er nicht, dass Eingriffe in die Lehrplangestaltung allein dem Kultus- bzw. Bildungsministerium vorbehalten sind? Es wären also die Fachminister anzusprechen. Stichwort Kultusministerkonferenz. Nun, dürfte er da leichtes Spiel haben, denn Bildungs- oder Kultusminister sind geistig unbedarft, da man in dieses Ressort nur altgediente Parteikämpfer, die niemals wegen ihrer Unzulänglichkeiten in ein wichtiges Ministeramt gehievt werden dürfen, dorthin abschiebt.

Es wäre ihm zu empfehlen, sich an seinen persönlichen Lobbyisten von der „Bertelsmann-Stiftung“ zu wenden. Diese Stiftung entwirft ja nicht nur für die Bundesregierung abstimmungsfertige Gesetze zum Absegnen durch das Parlament, sondern schreibt auch die hochtrabend genannten „Curricula“ (auf deutsch: Lehrpläne) für die Kultusministerkonferenz oder für die Fachminister der Länder. Das Entsetzen über das katastrophale deutsche Unbildungssystem hat einen Namen, der bereits eben erwähnt wurde.

Den Letzten beißen die Hunde, das wären die Schulleiter, welche den Biss an den untergeordneten Lehrkörper weitergeben. Außer den Referendarinnen und Referendaren wird keiner von den Betroffenen dies hymnisch bejubeln, was im Interesse der eigenen Laufbahn gefordert ist. Woher sollen denn auch die Stunden genommen werden? Der gebundene Ganztag endet heute an vielen Schulen nach 17 Uhr. Wenn man das Gefeilsche auf den Konferenzen verfolgt, wie krampfhaft versucht wird Naturwissenschaften ab Klasse 5 gegenüber den anderen Fächern ins Gleichgewicht zu bringen, der muss ehrlicherweise die „Bertelsmann-Stiftungs-Lehrpläne“ als „Verwaltung des Mangels“ in den Papierkorb werfen.

Naturwissenschaften sind aber die besten Grundlagenfächer für den Zivilschutz. Man lernt Gefahren und den Umgang mit ihnen kennen, man kann sich selbst ein Urteil über das Wesen des Krieges bilden, besonders wenn in Klasse 9 oder in der Oberstufe bei der Kernspaltung auch die Wirkungen der Detonation einer Atombombe auf den Schulort

wirklichkeitsgetreu nachempfunden werden. Spätestens an diesem Punkt dürften die Schüler die „Kriegstüchtigkeit“ endgültig begraben.

Ein Fünftel der BRD-Bürger, die heute zur älteren Generation zählen, haben im Schulunterricht das Buch von Dieter Noll: „Die Abenteuer des Werner Holt“, gelesen. Darin hält der NSF-Leutnant Wehnert im politischen Unterricht eine Rede und zitiert aus Hitlers „mein Kampf“: „Wenn unserer Jugend etwas weniger Wissen eingetrichtert worden wäre, so hätte sich das für Deutschland vielfach gelohnt. Der Weg zum Endsieg heißt nicht Denken-Wissen-Kritik, sondern Schicksal-Mythos-Glaube!“

So weit darf es nie wieder im Unterricht kommen. Es heißt nicht mehr: „Wehret den Anfängen!“, sondern die Parole muss lauten: „Sorgt dafür, dass heutige Politiker mit ähnlichen Vorstellungen aus dem Amt entfernt werden!“ Die Verantwortung für die junge Generation gebietet das.

Stephan Ebers

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner

Sie thematisieren ein Phänomen, das man aber nicht angemessen beurteilen kann, ohne die reale Situation zu berücksichtigen. Der Frieden in Europa ist, aus welchen Gründen auch immer, tatsächlich nicht mehr sicher. Und in einer solchen Situation macht es durchaus Sinn, über Maßnahmen nachzudenken, wie man darauf sinnvoll reagieren sollte. Viel besser wäre natürlich eine wirkliche Friedenspolitik. Aber daran ist man in den Führungsetagen in Europa und Deutschland derzeit offenbar nicht wirklich interessiert, höchstens an einem Siegfrieden.

Wenn wir mal davon ausgehen, dass unsere Politiker am besten wissen müssen (Fassadendemokratie), ob sie einen Krieg gegen Russland für wahrscheinlich halten, sei es, dass sie Russland ruinieren wollen und damit derart in die Enge treiben wollen, dass ihm nichts anderes mehr übrig bleibt als Krieg, oder sei es, dass sie sicher sind, dass die Europäer sich irgendwann aktiv in den Ukraine-Krieg einschalten werden, um ihre Kriegsziele, als da sind Integration der Ukraine mit territorialer Integrität und „Souveränität“ in NATO und EU, zu erreichen, was ja beides moralisch sicherlich höchst verwerflich und in der Bevölkerung wenig zustimmungsfähig wäre aber dennoch ein

realistisches Szenario sein könnte.

Vor diesem Hintergrund wäre es doch sehr sinnvoll über Zivilschutz und eine kriegstüchtige Infrastruktur nachzudenken und das Land insbesondere auch die Jugend entsprechend vorzubereiten. Aber in dieser Hinsicht geschieht ja fast nichts wirklich hilfreiches in Deutschland und Europa, auch wenn z.B. in Finnland der Zivilschutz offenbar auch so schon viele Jahre gut ausgebaut ist.

Man faselt von neuen Atomkraftwerken, von zentraler anfälliger Energieinfrastruktur (Gaskraftwerke), alles Lösungen die der Energiewirtschaft ihre bisherigen Pfründe weiterhin sichern sollen, während gleichzeitig dezentrale eher kriegstaugliche Lösungen z.B. viele kleine PV-Anlagen auf vielen Hausdächern unattraktiv gemacht werden, weil für dort produzierten Strom nichts mehr bezahlt werden soll, mit der Begründung die Anlagen wären für die Betreiber auch so schon wirtschaftlich. Man setzt weiter auf teure Energieimporte und Gaskraftwerke sowie Windparks und komplizierte globale Lieferketten. Das ist alles nicht kriegstauglich. Man baut kritische Infrastruktur nicht unterirdisch, man hat kaum Zivilschutzanlagen. Niemand wird sich ausmalen können, was ein Krieg in Europa für die hiesige Bevölkerung bedeuten würde, selbst wenn man einen Atomkrieg ausschließt und davon ausgeht, dass die vielen aktiven Atomkraftwerke und die Lagerstätten für Atom Müll in Europa nicht angegriffen werden sollten.

Mir scheint, dass alle Politiker eigentlich wissen, dass ein Krieg in Europa eine unvorstellbare, unzumutbare Katastrophe für Wirtschaft und Zivilbevölkerung wäre, auf die man sich nicht wirklich sinnvoll vorbereiten kann, in dem Sinne dass man ernsthaft umfassende Maßnahmen gegen die zu erwartenden Zerstörungen der kritischen Infrastruktur und für den Schutz der Zivilbevölkerung ergreifen würde. Eine solche Sicherheitsstrategie würde noch viel mehr kosten als die geplante Aufrüstungsorgie. Deshalb planen sie auch keine ernsthaften Anstrengungen in diese Richtung. Mit der Aufrüstungsorgie will man Russland in einen Rüstungswettlauf hinein zwingen, um das Land auf diese Weise wirtschaftlich zu ruinieren und so einen Systemzusammenbruch wie beim Zusammenbruch der Sowjetunion herbeizuführen, um sich anschließend wieder, unter anderen Vorzeichen, an Russland bereichern zu können. Der Versuch mit Softpower-Techniken einen System change in Russland herbei zu führen ist ja offensichtlich erst Mal gescheitert, weil die westlichen Maßnahmen dazu inzwischen erfolgreich unterbunden wurden (Nawalny lässt grüssen).

Dass dieser Abnutzungskrieg kurz- und langfristig erhebliche Wohlstandsverluste in Europa und Deutschland zur Folge haben wird ist offensichtlich und der Versuch dies über den Abbau des Sozialstaates zu finanzieren, statt die Superreichen zur Kasse zu bitten, scheint

bei der hiesigen Bevölkerung zustimmungsfähig zu sein, wenn man sich die Wahlergebnisse der letzten Tage anschaut. Die Frage ist dabei natürlich auch, ob die Mehrheit wirklich weiss, was sie tut. Die reichweitenstärksten Informationsportale tragen ja auch kaum etwas dazu bei, dies zu ermöglichen.

Ansonsten trotz der schweren Krisen in der Welt zur Beruhigung überall in Europa business as usual, nur wie lange noch?

Fritz Gerhard

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.